

# Die Friedensbewegung und das Friedensbedürfnis der Völker [Schluss]

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - (1898)

Heft 4

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801886>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Der Friede.

Offizielles Vereins-Organ des Schweizerischen Friedensvereins.

Sprechsaal der Friedensfreunde des In- und Auslandes

enthaltend das

Bulletin des Internationalen Friedensbureau in Bern.

Abonnementspreis per Jahr: In der Schweiz Fr. 2. — für Mitglieder, Fr. 3. 60 für Nichtmitglieder; im Weltpostverein portofrei 5 Franken. Einzelne Exemplare à 10 Cts. Inserate (per einspaltige Petitzeile 15 Rp.) nimmt entgegen die Administration in Bern. — Das Blatt erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Redaktion: G. Schmid, Museumsstrasse 33, St. Gallen, nebst einer Redaktionskommission des Vororts. (Einsendungen sind zu adressieren an G. Schmid in St. Gallen.)

**Inhalt:** Motto. — Schweizerischer Friedensverein. — Offizielle Nachricht. — Die Friedensbewegung und das Friedensbedürfnis der Völker. — Die Friedenspropaganda in der Schule. — Der Erfolg ist doch auf unserer Seite. — Zur Friedensbewegung in der Schweiz. — Zur Friedensbewegung im Ausland. — Glänzendes Elend (Gedicht). — Neuere. — Litterarisches. — Dank und Bitte. — Inserate.

## Motto.

O schöner Tag, wenn endlich der Soldat  
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit,  
Zum frohen Zug die Fahnen sich entfalten,  
Und heimwärts schlägt der sanfte *Friedensmarsch*,  
Wenn alle Hüte sich und Helme schmücken  
Mit grünen Mai'n, dem letzten Raub der Felder!  
Der Städte Thore gehen auf, von selbst,  
Nicht die Petarde braucht sie mehr zu sprengen,  
Von Menschen sind die Wälle rings erfüllt,  
Von *friedlichen*, die in die Lüfte grüssen —  
Hell klingt von allen Türmen das Geläut,  
Des blut'gen Tages frohe Vesper schlagen,  
Aus Dörfern und aus Städten wimmelnd zieht  
Ein jauchzend Volk, mit liebend emsiger  
Zudringlichkeit des Heeres Fortzug hindernd. —  
Da schüttelt, froh des noch erlebten Tags,  
Dem heimgekehrten Sohn der Greis die Hände.

Schiller.

## Schweizerischer Friedensverein.

Es sind folgende weitere Zahlungen der Sektionen an die Centralkasse erfolgt (Jahresbeitrag 1897):

1. Burgdorf, 10 neue Mitglieder . . . . .	Fr. 2. 50
zusammen mit früher Fr. 16. 60.	
2. Engadin, ca. 700 Mitglieder . . . . .	„ 150. —
3. Herisau, „ 210 „ . . . . .	„ 52. —
4. Huttwyl „ 89 „ . . . . .	„ 22. 25
5. Zürich, 2. Rate . . . . .	„ 56. 25
zusammen mit früher Fr. 112. 50.	
Summa 1009 Mitglieder	Fr. 283. 50
Zusammen mit früher: 2559 Mitglieder	Fr. 667. 65

Basel, den 10 Februar 1898.

Der Centralquästor:  
**Rud. Bachmann**  
Blumenrain 11, Basel.

## Offizielle Nachricht.

Die Kommission des internationalen Friedensbureaus versammelt sich den 7. Mai in Bern. Als Haupttraktandum wird gelten: Die Festsetzung der *Tagesordnung* und der Zeit des IX. Kongresses.

Die „Correspondance bi-mensuelle“ weiss aus erster Quelle zu berichten, dass das ermutigende Vorgehen der badischen Friedensfreunde in ganz Deutschland Nachahmung finden wird und dass man eine ähnliche Petition auch an den preussischen Landtag vorbereitet.

## Die Friedensbewegung und das Friedensbedürfnis der Völker.

Auszug aus einem Vortrag, gehalten am 1. Dezember 1897 im Friedensverein zu Gera, von R. Reuter.

(Schluss.)

Es besteht ein klaffender Widerspruch zwischen dem sicherlich aufrichtigen Bestreben der deutschen Regierung, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten und dieser Ablehnung des internationalen Friedensgedankens; aber die Erklärung liegt auf der Hand. Sie liegt in dem ganzen politischen Systeme, welches von Preussen dem Deutschen Reiche als eine hässliche Morgengabe in die Wiege gelegt worden ist, in dem Systeme, welches kurz Militarismus genannt wird. Der Kern dieses Systems ist, dass das Heer keineswegs bloss zur Verteidigung gegen einen äusseren Feind bestimmt ist, sondern dass es samt allen militärischen Einrichtungen den gesamten politischen Organismus des Staates zu durchdringen bestimmt und zugleich auch noch mit mächtigen persönlichen Interessen verknüpft ist. Deshalb besteht die Tendenz, das Heer in möglichster Stärke zu erhalten, ganz abgesehen von der durch die internationalen Verhältnisse auferlegten Notwendigkeit; jedes Aufhören oder die wesentliche Minderung dieser Notwendigkeit, etwa infolge einer neuen, starken und dauernden Bürgschaft der Sicherheit des europäischen Friedens, würde bei den Vertretern und den Interessenten des Militarismus mindestens sehr geteilte Empfindungen — bei aller Friedensliebe — hervorrufen, weil es dann schwer und unmöglich werden würde, vom Volke die Mittel zur Weiterhaltung des Heeres in dem bisherigen Umfange zu fordern und zu bekommen. Der Wunsch, ein möglichst starkes Heer zu erhalten, wird daher durch die Friedensliebe der deutschen Regierung nicht im geringsten beeinträchtigt. Die fast unersättliche Autoritätssucht in Deutschland wünscht eine möglichst grosse Anzahl von Personen bis in ein möglichst spätes Lebensalter in der Gewöhnung des blinden Gehorsams zu erhalten, um diese dann auch auf bürgerliche Verhältnisse zu übertragen. Eine in Deutschland nicht seltene Ueberspannung und Verzerrung des „monarchischen Princips“ sieht in einer Verminderung des Heeres wohl gar eine Verminderung der „Machtfülle des Königtums“ und weist sie schon deshalb zurück, unbekümmert, ob sie möglich und sonst wohlthätig sei — ähnlich wie Fürst Bismarck bei Beratung des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund die Abschaffung der Todesstrafe schon deshalb für unzulässig erklärte, weil damit das Bestätigungsrecht des Königs in Wegfall käme, dieser also in seinen Rechten geschmälert würde! Andere, welche mit der Vorstellung einer gewaltsamen Erhebung der socialdemokratischen Partei zu spielen lieben, bilden sich wohl ein, dass das militärische Verhältnis eines möglichst grossen Teils dieser Partei und die Ausnützung desselben im richtigen Augenblicke ein treffliches Vorbeugungsmittel gegen eine solche Möglichkeit

sei. Diese würden, wenn sich ihre Befürchtungen wirklich erfüllen sollten, vielleicht zu spät erkennen, dass eine solche Massregel sehr zweischneidiger Natur ist. Vor allem aber sind einer Verminderung des Heeres, selbst wo die Sicherheit des Landes eine solche gestattete, diejenigen kleinen aber zum Schaden des Volkes noch immer sehr einflussreichen Kreise abgeneigt, aus denen in der Hauptsache die Offizierstellen, zumal die höheren, besetzt werden. Diese Kreise finden nicht nur ihr finanzielles Interesse mit einem möglichst zahlreichen Heere und natürlich möglichst zahlreichen Offizierstellen verknüpft, sondern es beruht ihre ganze sociale Stellung, namentlich soweit sie dem Stande der Gutsherren angehören, zu einem grossen Teile auf ihrer militärischen Stellung und der militärischen Organisation des ganzen Volkes. Diese einflussreichen Kreise, obwohl auch sie einen Krieg nicht wünschen, blicken daher geradezu mit Hass auf die Bestrebungen der Friedensfreunde.

So ist von der deutschen Regierung eine Förderung der Friedensbestrebungen, wie sie ihnen von andern Regierungen zu teil wird, nicht zu erwarten; zumal in Deutschland, wo man in dieser Beziehung zurückgeblieben ist, mehr als in irgend einem andern Kulturstaate, und wo, etwa mit Russland und der Türkei rangiert, eine Befassung des Volkes mit so hohen Dingen, wie Krieg und Frieden, sehr ungern gesehen wird. Um so mehr sollte das deutsche Volk sich den Friedensbestrebungen hingeben, das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei.

Wenn es je einen Punkt gegeben hat, wo die Interessen des gesamten Volkes dieselben sind, so ist es die Sicherung des Friedens und das Aufhören der Raserei des Wettrüstens. Wenn an dem letzteren gewisse Kreise ein Interesse haben, so sind es eben nur ganz wenige, die sich damit im schroffen Gegensatz zu der Gesamtheit des Volkes stellen. Eine Partei, welche diese entgegengesetzten Interessen hätte, gibt es nicht. Der konservative Landmann, der konservative Handwerker, der konservative Kaufmann, welche doch das Gros der Partei bilden, sind in diesem Punkte genau ebenso interessiert, wie ihre demokratischen und socialdemokratischen Berufsgenossen. Ihre politischen Grundsätze mögen es ihnen zur Pflicht machen, unter den gegenwärtigen Umständen jeder militärischen Forderung der Regierung zuzustimmen; sie können es ihnen aber nicht verbieten und verbieten ihnen nicht, an der Aenderung und Besserung dieser Verhältnisse mitzuarbeiten und die Notwendigkeit solcher Forderungen zu beseitigen. Ebenso wenig kann irgend ein militärisches Verhältnis für jemanden ein triftiger Grund sein, der Friedensbewegung fern zu bleiben. Drei Kaiser und oberste Kriegsherren haben ihren tiefen Abscheu vor dem Kriege wiederholt und mit den nachdrücklichsten Worten ausgesprochen, hohe Offiziere haben im Militärwochenblatt, dem offiziellen Organ des deutschen Heeres, die Frage der besseren Friedensbegründung sympathisch besprochen, der gegenwärtige Kriegsminister hat in demselben Blatte den Vorschlag gemacht, mit Frankreich zu einer Verständigung darüber, sich während der nächsten fünf oder zehn Jahre nicht anzugreifen, zu kommen mit der Aussicht, diese Vereinbarung von Termin zu Termin zu verlängern, bis endlich ein dauernder Friedenszustand erwächst — ein Vorschlag, welcher ganz in der Richtung der Friedensbewegung liegt und dessen Verwirklichung gleichbedeutend mit einem Stillstand der Rüstungen und mit allmählicher Abrüstung wäre: wie kann angesichts dieser Dinge aus irgend einem militärischen Verhältnisse ein Hindernis hergeleitet werden, sich der Friedensbewegung anzuschliessen? Selbst aktive Offiziere, wenn sie sich überhaupt an öffentlichen Angelegenheiten beteiligten, würden es ohne weiteres können; denn es ist doch wahrlich nicht ihre Aufgabe, für die Unsicherheit des europäischen Friedens zu sorgen. Wenn aber andere Personen, Reserve-Offiziere, Mitglieder von Kriegervereinen u. s. w. sich einbilden oder sich einreden lassen, dass sie durch ihre militärischen Beziehungen behindert sind, so zeigen sie damit nur, dass sie in einem gröblichen Irrtum befangen sind, in welchem sie ihren und ihrer Angehörigen und Berufsgenossen persönlichen Interessen entgegenarbeiten, wie denen des ganzen Vaterlandes, welche alle

Frieden, Frieden und noch einmal Frieden verlangen. Der biedere konservative oder nationalliberale Bürger aber, welcher um seiner „Parteigrundsätze“ willen die Bestrebungen der Friedensbewegung mit dem Brustton der Entrüstung von sich weist, spielt eine Figur, die von einer lächerlichen nicht allzu weit entfernt ist. Denn indem er sich weigert, dazu mitzuhelfen, dass das anerkannt kostbarste Gut des Friedens dem Vaterlande und ihm selbst in höherem Masse gesichert werde und ungezählte Millionen zu höheren und edleren und dabei dringend notwendigen Zwecken verfügbar werden, und zwar ohne die geringste Einbusse an vaterländischer Macht, Stellung und Sicherheit: handelt er thatsächlich im Dienste einer engen selbstsüchtigen Coterie, welche ihm seine Hingebung mit hochmütigem Herabblicken auf ihn vergilt!

Möge die deutsche Bürgerschaft, die Bürgerschaft im weitesten Sinne, sich dem grossen Gedanken der Friedensbewegung mit Eifer und Ueberzeugung hingeben. Wenn das Volk einmütig seine Stimme erhebt, wird es den Gedanken sich Schritt für Schritt verwirklichen sehen. Jeder aber, der zu seinem bescheidenen Teile daran mitgewirkt hat, wird seinen Kindern und Enkeln ein Gut hinterlassen, um deswillen späte Zeiten noch seinen Namen segnen werden.“

Bravo! diesem mutigen Manneswort eines unabhängigen und selbständigen Deutschen!  
Die Red.

### Die Friedenspropaganda in der Schule.

Das internationale Friedensbureau hat schon vor Jahren folgenden Bericht über obiges Thema in die Welt hinausgesandt, der jetzt, zur Zeit der Gärung, doppelte Beachtung und Nutzenanwendung verdient:

„Die Friedenspropaganda in den Primar-, Sekundar- und höheren Schulen hat selbstverständlich die Aufmerksamkeit aller unserer Kongresse auf sich gezogen. Da unser Werk der Zukunft angehört, so müssen sich die neuen Geschlechter mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut machen, dass der Krieg eine schwebende Frage nicht zu lösen vermag, dass er zerstört, ohne dafür etwas Festes zu errichten, dass, nachdem nach und nach, einzig infolge der Milderung der Sitten, die menschlichen Opfer, die Folter, die nutzlosen Grausamkeiten verschwunden sind, die Gesellschaft auf dem Wege normaler Entwicklung eines grossen Gedankens mit Anwendung von Schiedsgerichten zur Regelung der Streitigkeiten zwischen den Völkern gelangen soll.

Das scheint sicher zu sein, dass der Schulunterricht in den jungen Herzen unauslöschbare Spuren hinterlässt und dass, falls sich die Professoren und Lehrer die Mühe nähmen, ihren Unterricht den Friedensideen anzupassen, viele kriegslustige, viele übertrieben-nationale Vorurteile, viele falsche Auffassungen im Gefühl der allgemeinen Menschenrechte aufgingen.

Keine andere Frage hat so zahlreiche und ins einzelne tretende Erörterungen veranlasst (siehe die Beschlüsse der vier ersten Kongresse). Diese Propaganda jedoch kann nur langsam an Boden gewinnen, und die Resultate werden nicht in absehbarer Zeit, wohl aber Schritt für Schritt mit den ins Volk eindringenden Friedensansichten fühlbar werden.

Es existiert hier notwendigerweise eine gegenseitige Durchdringung der Ursache und der Wirkung. Professoren und Lehrer, welche in Ländern und zu einer Zeit leben, wo der Gedanke einer Substitution des Krieges durch ein internationales Schiedsgericht sehr volkstümlich geworden, werden eher geneigt sein, ihrem Unterricht eine friedensfreundliche Färbung zu verleihen, als ihre Kollegen in chauvinistisch angehauchten Ländern.

Dementsprechend werden diejenigen Schüler, denen man eingeschärft, dass die Bürgertugend nicht unbedingt das Faustrecht zur Begleichung der Völker-Zwistigkeiten fordere, viel eher die Partei der Friedensfreunde ergreifen, als diejenigen, bei deren Unterricht der Ruhm vor der Gerechtigkeit den Vortritt erhielt.